



Gemeinde Pfinztal

## **Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 27.09.2022**

<b>Ort:</b>	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:50 Uhr

### **Anwesende Personen**

#### **Vorsitzende:**

Bodner, Nicola

#### **Ordentliche Mitglieder:**

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar  
Frensch, Kristin  
Gutgesell, Andreas  
Herb, Artur  
Hörter, Frank  
Konstandin, Angelika  
Lüthje-Lenhart, Monika  
Möller, Eva  
Nickles, Helmut  
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.  
Reeb, Tilo  
Rendes, Markus  
Ringwald, Markus  
Roßwag, Ulrich, Dr.  
Rothweiler, Edelbert  
Rothweiler, Sonja  
Schaier, Barbara  
Schwarz, Simon  
Vogel, Roland, Dr.  
Vortisch, Volker Hans

#### **Schriftführerin:**

Riegel, Sarah

#### **Verwaltung:**

Bauer, Christian  
Dickemann, Niklas  
Kauter-Eby, Thomas  
Müller, Rüdiger  
Münch, Jens  
Schmid, Lukas  
Sturm, Thomas

#### **Mitwirkende/ext. Org.:**

Ochs, Hans-Peter - zu TOP Ö 3 (Polizeiliche  
Kriminalstatistik 2020 / 2021)  
Vortisch, Andreas - zu TOP Ö 3 (Polizeiliche  
Kriminalstatistik 2020 / 2021)



**Ortsvorsteher:**

Oberle, Gebhard

**Nichtanwesende Personen**

**Ordentliche Mitglieder:**

Gegenheimer, Thomas - entschuldigt  
Hruschka, Andreas - entschuldigt

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 19.09.2022.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 22.09.2022.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:  
Gemeinderat Dr. Roßwag  
Gemeinderat Rendes



## T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Besuch aus der Partnerkommune Kidira/Senegal **BV/067/2022**  
- Empfang der Gäste
3. Polizeiliche Kriminalstatistik 2020 / 2021 **BV/089/2022**  
- Kenntnisnahme
4. Antrag der Zählgemeinschaft Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Linke zur anlassbezogenen Stellplatzverordnung in Pfinztal - Stellplatzschlüssel für bauplanerische Projekte **BV/052/2022**  
- Beratung und Beschlussfassung
5. Parkplatz hinter der alten Ortsverwaltung / dem alten Rathaus Kleinsteinbach **BV/029/2022**  
- Antrag der CDU-Fraktion
6. Antrag der Fraktionen CDU, SPD, GRÜNE, ULiP **BV/062/2022**  
Erneuerung Eisenbahnüberführung Im Bahnwinkel Söllingen  
- Beratung und Beschlussfassung
7. Annahme von Spenden **BV/085/2022**  
- Beratung und Beschlussfassung
8. Mitteilungen der Bürgermeisterin
9. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
10. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



## 1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Keine Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner.**

## 2. Besuch aus der Partnerkommune Kidira / Senegal - Empfang der Gäste

**Bürgermeisterin Bodner** begrüßt Frau Georg sowie die Frauendelegation aus der Partnerkommune Kidira / Senegal.

**Frau Georg** stellt sich und die Frauendelegation vor. Die Projektpartnerschaft bestehe seit 2021 und sie würden sich darüber freuen da zu sein. Die Delegation sei bis zum 04.10.2022 im Naturfreundehaus Berghausen untergebracht.

**Herr Dialo** stellt sich als ehemaliger Bürgermeister der Stadt Kidira vor und bedankt sich dafür, Pfinztal besuchen zu dürfen. Es sei ihm eine große Ehre und er hoffe auf weiteren Austausch.

**Die Delegation** bedankt sich bei den Naturfreunden und Bürgermeisterin Bodner, dass ihnen diese Reise ermöglicht worden sei. Der Besuch würde die Partnerschaft verstärken.

**Bürgermeisterin Bodner** verteilt Geschenktaschen an die Delegation.

## 3. Polizeiliche Kriminalstatistik 2020 / 2021 - Kenntnisnahme

**Bürgermeisterin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein und stellt Herrn Andreas Vortisch, Leiter des Polizeireviers Karlsruhe-Durlach, sowie Herrn Hans-Peter Ochs, Leiter des Polizeipostens Pfinztal, vor.

**Herr Vortisch** präsentiert die Ergebnisse der Kriminalstatistik des Jahres 2021 für den Bereich der Gemeinde Pfinztal. Die Präsentation befindet sich in den Sitzungsunterlagen.

**Gemeinderat Gutgesell** äußert, die Zahlen würden zeigen, dass sich Bürgerinnen und Bürger sicher fühlen können. Er bedankt sich für die Ausarbeitung und die interessanten Zahlen und spricht seinen Dank im Namen der Fraktion an alle Beamten des Polizeipostens in Pfinztal und dem Streifendienst aus. Beispielsweise gäbe es kaum Vandalismus in der Gemeinde. Außerdem hätte er gerne Informationen zur personellen Ausstattung des Postens in Durlach. Wie viele Streifen seien nachts und an den Wochenenden verfügbar?

**Gemeinderätin Eisenbusch** bedankt sich für den Vortrag. Die Einbruchsaison komme erst jetzt im Herbst in der dunklen Jahreszeit. Hier wäre ein Hinweis im Amtsblatt mit Tipps der Polizei wünschenswert. Sie möchte wissen, ob Betrugsfälle mit dem „Enkel-Trick“ auch in Pfinztal aufschlagen würden. Der Aussage von Herrn Gutgesell, es würde wenig Vandalismus betrieben werden, müsse sie widersprechen. Das Schulzentrum in Berghausen sei stark von Vandalismus betroffen. Sie fragt, ob es an den Wochenenden möglich wäre, mit der Streife im Bildungszentrum vorbeizufahren. Die Erhöhung der Schlagzahl der Streifenfahrten sei ihr Wunsch.



**Herr Vortisch** erklärt, Pfinztal sei personell unverändert. Dem Posten in Durlach ständen durch die Zusammenlegung drei bis vier Streifen zur Verfügung. In allen Revieren gäbe es noch Personalprobleme, welche sich in den nächsten Jahren hoffentlich bessern würden. Dann seien auch mehr Streifenfahrten möglich.

**Herr Ochs** erläutert, das Bildungszentrum in Berghausen sei immer wieder Thema. Einige Tatverdächtige hätten dieses Jahr bereits ermittelt werden können, es sei aber ein Dauerthema. Oft fehle die Zeit für solche Kontrolltätigkeiten. Man versuche es dennoch immer im Auge zu behalten. Der Enkel-Trick sei bereits ein Klassiker mit verschiedenen Untervarianten. Auch in Pfinztal komme dies in den letzten Monaten häufiger vor. Leider würden Opfer immer wieder bezahlen. Die Ermittlungsansätze seien sehr schwierig, da Gelder oft im Ausland verschwinden würden. Dann sei die Ermittlungsarbeit zu Ende.

**Bürgermeisterin Bodner** sagt, man würde das Thema ins Mitteilungsblatt aufnehmen.

**Gemeinderat Nickles** möchte wissen, ob es auch Unfallstatistiken gäbe.

**Herr Vortisch** sagt, diese hätte er nicht dabei, können aber nachgereicht werden. Oft sei die Ortsdurchfahrt B10 betroffen.

**Gemeinderätin Schaier** sagt, sie sei von einer Frau aus Kleinsteinbach kontaktiert worden, welche sich bereits des Öfteren wegen Lärmbelästigung an die Polizei gewandt hätte und abgewiesen worden sei.

**Herr Vortisch** entschuldigt sich dafür und erklärt, Lärmbelästigung sei leider nicht immer Priorität bei der Abarbeitung der Einsätze.

**Bürgermeisterin Bodner** bedankt sich bei Herrn Ochs und Herrn Vortisch. Der Rat nehme die Statistik zur Kenntnis.

***Der Gemeinderat nimmt die Informationen zur Kenntnis.***

#### **4. Antrag der Zählgemeinschaft Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Linke zur anlassbezogenen Stellplatzverordnung in Pfinztal - Stellplatzschlüssel für bauplanerische Projekte - Beratung und Beschlussfassung**

**Bürgermeisterin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein und bittet die antragstellende Fraktion um Stellungnahme.

Der Antrag der Zählgemeinschaft Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Linke zur anlassbezogenen Stellplatzverordnung in Pfinztal befindet sich in den Sitzungsunterlagen.

**Gemeinderat Schwarz** stellt den Antrag der Zählgemeinschaft vor. Die heutige Entscheidung habe keine kurzfristigen Auswirkungen auf das Parken. Es werde ein Grundsatzbeschluss gefordert, welcher Einfluss auf die Lebensqualität in der Zukunft habe. Der Neubau von Wohnraum fände nicht in so großem Maße statt, dass dadurch die aktuelle Parkraumproblematik kurzfristig weder verstärkt noch entspannt werde. Bei der kurzfristigen Fragestellung gehe es um die faire Verteilung von Parkflächen im öffentlichen Raum, was durch das Parkraumkonzept gelöst werde. Es sei notwendig, um Regeln durchsetzen zu können und



ein faires Miteinander im öffentlichen Raum zu schaffen. Dies habe aber nichts mit dem Antrag zu tun, in welchem auf die langfristige Perspektive eingegangen werde. Das Thema werde Emotionen hervorrufen, weshalb man es auf sachlicher Ebene halten und sich an Fakten orientieren solle.

Trotz des Klimawandels bleibe das Auto ein wichtiges Transportmittel. Die Bedeutung und die Anzahl der Autos werden sich vermutlich ändern. In Pfinztal gäbe es nur ein begrenztes Raumangebot, welches nicht für versiegelte Parkflächen genutzt werden solle. Führerscheine werden immer später gemacht, wodurch es zu einer Verlagerung komme. Die momentan steigenden Autozahlen würden am Statussymbol der Babyboomer-Generation liegen. Man solle sich fragen, welche Anforderungen unsere Kinder an die Gemeinde stellen. Man solle beginnen, weniger Parkraum und nur das gesetzliche Mindestmaß zu fordern. Dies würde die Flexibilität beim Bauen erhöhen und Kosten senken. Aus diesen Gründen solle der Stellplatzschlüssel zukünftig auf einen Stellplatz pro Wohneinheit beschränkt werden.

**Gemeinderat Hörter** erklärt, dass laut aktuellen Untersuchungen bereits heute ca. 200 Stellplätze pro Ortsteil in Pfinztal fehlen würden. Die Anzahl der zugelassenen PKWs habe zugenommen. Pfinztal hätte 12.580 angemeldete Fahrzeuge, davon 1.537 PKWs bei 8.500 Haushalten. Hinzu kommen noch die abgemeldeten Fahrzeuge. An diesen Zahlen erkenne man die Masse an Fahrzeugen. Man solle sicher öfter das Auto stehen lassen und auf Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen. Trotzdem hätte man zu wenig Parkplätze. Dem Antrag werde nicht zugestimmt.

**Gemeinderat Dr. Roßwag** sagt, dem Antrag könne nicht zugestimmt werden. Die Argumente seien nicht schlüssig genug. Die LBO schreibe 1,0 Stellplätze vor. Er bezweifle, dass ein geringerer Stellplatzzwang die Menschen dazu bringe, weniger Autos zu kaufen oder zu besitzen. Das Parkraumkonzept biete vernünftige Lösungen, welche auch durchgesetzt werden sollten. Ausnahmen in der Nähe von P+R-Parkplätzen erachte er nicht für sinnvoll, da diese Plätze dann von Anwohnern genutzt werden würden. Dies wäre nicht zielführend. In 10 – 15 Jahren könnten die Argumente des Antrags eintreten.

**Gemeinderat Dr. Rahn** stimmt dem Antrag teilweise zu. Es sei die Verantwortung des Eigentümers, seine Autos privat unterzubringen. Einer Person, die nur ein Auto hat, solle nicht vorgeschrieben werden, mehr als einen Stellplatz zu bauen. Er könne aber auch die Einwendungen der Verwaltung verstehen. Es gehe nur um grundsätzliche Regelungen, von welchen es auch Ausnahmen geben könne. Er befürworte jedoch die Eigenverantwortung und stimme für 1,0 Stellplätze.

**Amtsleiter Kauter-Eby** erklärt, die Verwaltung würde alle Sichtweisen verstehen. Allerdings möchte sich die Verwaltung in diesem Punkt die Möglichkeit belassen, Einfluss in ein Neubaugebiet hinsichtlich der Parksituation zu nehmen. Die Regelung betreffe Neubaugebiete und sei keine Grundsatzentscheidung für Pfinztal.

**Gemeinderat Schwarz** fragt, warum man sich dann nicht auf 1,0 Stellplätze einigen könne und dann in Einzelfällen hiervon abweiche.

**Herr Schmid** sagt, die Entscheidung sei immer gebietsspezifisch. Hierfür brauche man keinen Grundsatzbeschluss, dieser würde einschränken. Man wolle sich nicht festlegen. Die Bauleitplanung lebe von unterschiedlichen Gebieten.

**Gemeinderätin Möller** möchte wissen, ob derzeit die Freiheit bestehe, die Parkplatzregelung individuell für jedes Neubaugebiet zu entscheiden.

**Gemeinderat Schwarz** fragt nach einem Beispiel für ein Baugebiet, in welchem abgewichen worden sei.



**Herr Schmid** sagt, beim Projekt Grüner Wohnen seien ursprünglich 1,0 Stellplätze vorgesehen gewesen. Der Rat habe sich jedoch für 1,5 Stellplätze entschieden. Ein Grundsatzbeschluss hätte dies erschwert. Man wolle im Einzelfall entscheiden.

**Gemeinderat Dr. Roßwag** äußert, per Gesetz würden 1,0 Stellplätze gelten. Dies wäre wie ein Grundsatzbeschluss.

**Gemeinderätin Schaier** sorgt sich um die Söllinger Straße in Kleinsteinbach. Hier würden viele Häuser verkauft werden und plötzlich würden dort Hänger und Lieferwägen stehen. Der Parkdruck werde höher. Die Menschen wissen nicht mehr wohin sie ihre Fahrzeuge stellen sollen. Dies sei beispielsweise bei einem Brand eine Katastrophe. Auch müssten ältere Menschen und Fußgänger die stark befahrene Bockstalstraße nutzen.

**Gemeinderat Schwarz** sagt, die Entscheidung des Gremiums bezüglich der Stellplätze im Projekt „Grüner Wohnen“ sei eine Bauchentscheidung des Rats gewesen und dass der Parkdruck nicht bestritten werde. Der Stellplatzschlüssel hätte hierauf jedoch keinen Einfluss, da es sich um eine langfristige Maßnahme handle. Man müsse sich auch um das kurzfristige Problem kümmern und dafür sorgen, dass nicht geparkt wird, wo nicht geparkt werden darf. Dies würde das Parkraumkonzept regeln.

**Gemeinderätin Konstandin** erklärt, der Rat hätte damals nicht nach Bauchgefühl entschieden, sondern eine demokratische Entscheidung getroffen. Außerdem glaube sie, dass sich die Mobilität in den nächsten Jahren ändern werde. Menschen würden zwar weniger Auto fahren, dennoch aber mehrere Autos besitzen. Der Trend gehe auch in den Städten zu Autos, auch bei jüngeren Menschen.

**Gemeinderat Dr. Vogel** findet die Beschlussvorlage nicht schlecht. Ihm fehle aber der Satz, dass die Verwaltung den Antrag ablehne.

**Gemeinderat Hörter** sagt, es könne weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll sein, wenn man ewig nach einem Stellplatz suchen und öfter um einen Block fahren müsse.

**Gemeinderätin Frensch** möchte darauf hinweisen, dass zahlreiche Themen im Technik- und Umweltausschuss abgelehnt worden seien, weil Stellplätze nicht eingehalten worden seien oder man sich nicht auf notwendige Stellplätze einigen konnte. 1,5 Stellplätze würden Bauherren Steine in den Weg legen. Im Neubaugebiet Engelfeld hätte dies zu viel Ärger geführt.

**Gemeinderat Rendes** sagt, dass die mögliche Flexibilität bei den letzten Bauprojekten umfangreich an den Tag gelegt worden sei. Er bittet um Ablehnung des Antrags.

### **Beschluss:**

***Gemäß dem Antrag soll folgendes beschlossen werden:***

- 1. Der Stellplatzschlüssel für zukünftige bauplanerische Projekte in ganz Pfinztal wird grundsätzlich auf einen pro Wohneinheit zu beschränkt.***
- 2. In Einzelfällen wird anlassbezogen, dort, wo es sich anbietet – beispielsweise in direkter Nähe von ÖPNV-Haltestellen oder bei Wohnheim-Projekten für Seniorinnen – auch weniger als den nach § 37 LBO vorgeschriebenen einen notwendigen privaten Kfz-Stellplatz pro Wohnung zugelassen.***





**3. Für Geschosswohnungs-Bauprojekte werden gegebenenfalls zwei geeignete wettergeschützte Fahrrad-Stellplätze statt eines Pkw-Stellplatzes pro Wohneinheit zugelassen.**

**Der Gemeinderat lehnt dem Beschlussvorschlag mit folgendem Abstimmungsergebnis ab:**

**Ja-Stimmen: 7**

**Nein-Stimmen: 14**

**Enthaltungen: 0**

**5. Parkplatz hinter der alten Ortsverwaltung / dem alten Rathaus Kleinsteinbach  
- Antrag der CDU-Fraktion**

**Bürgermeisterin Bodner** eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet Gemeinderat Ringwald um Erläuterung des Antrags der CDU-Fraktion.

Der Antrag der CDU-Fraktion zum Parkplatz hinter der alten Ortsverwaltung / dem alten Rathaus Kleinsteinbach befindet sich in den Sitzungsunterlagen.

**Gemeinderat Ringwald** erläutert, dass es auf dem Parkplatz hinter der alten Ortsverwaltung in Kleinsteinbach aufgrund Dauerparker nicht möglich sei, diesen als P +R-Parkplatz zu nutzen. Dies solle optimiert werden, da der Parkplatz den Umstieg auf ÖPNV erleichtern solle.

**Gemeinderätin Schaier** sagt, die Situation des Parkplatzes sei schon lange ein Ärgernis, was eine Lösungsmöglichkeit verlange. Die Fläche gehöre der Gemeinde. Sie möchte, dass eine Barriere für Transporter angebracht werde. Überall, auch am Friedhof, sei zugeparkt. Eine Zeitbeschränkung von z. B. 24.00 auf 05.00 Uhr wäre eine Lösungsmöglichkeit.

**Gemeinderat Schwarz** erklärt, dass der Antrag begrüßt werde. Es müsse aber sichergestellt werden, dass der Ausbau nicht in Konkurrenz zum Bahnübergang in Kleinsteinbach stehe. Er möchte den Antrag dahingehend ergänzen, überdachte Fahrradstellplätze sowie Car-Sharing-Plätze und Ladesäulen für E-Autos zu errichten bzw. die Möglichkeiten zu prüfen.

**Gemeinderätin Konstandin** unterstützt den Antrag ebenfalls. Die Ordnung des Platzes sei wichtig. Sprinter würden oft quer stehen und Parkplätze seien nicht eingezeichnet. Auch dem Antrag der Grünen würde zugestimmt werden. Die Zeitenbeschränkung sehe sie jedoch problematisch. Derzeit sei es ein normaler Parkplatz. Die Bahn würde am Wochenende rund um die Uhr fahren, somit sollte der Parkplatz auch immer genutzt werden können. Auch ist fraglich, wer die Kontrollen der Zeitbeschränkung durchführen würde. Ohne Kontrollen wäre solch eine Regelung sinnlos.

**Gemeinderätin Möller** möchte wissen, ob das dauerhafte Parken das Problem sei. Sie fragt, ob die falschen Personen dort parken würden und wer die richtigen seien. Barrieren würden den Parkplatz einschränken. Auch die Zeitenbeschränkung hält sie für kritisch. Es sollten nur Regeln eingeführt werden, welche auch kontrolliert werden könnten.

**Gemeinderat Ringwald** erklärt, es gehe um die Ordnung des Platzes. Große Fremdarker wie z. B. Lieferwägen sollten ferngehalten werden. Die Kontrollwahrscheinlichkeit der Parkzeiten seien gering. Am Wochenende könnte man auch die Augen zudrücken. Die der Vorschlag der Car-Sharing-Angebote finde er gut. Ladestationen sollten durch Externe betrieben





werden.

**Gemeinderat Schwarz** fragt an, ob der Behindertenstellplatz doch einen Platz in Bahnnähe bekommen solle.

**Gemeinderätin Fensch** sieht die Parkzeitenregelung für kritisch. Es gäbe auch Menschen mit Spät- und Nachtdiensten. Allem anderen würde sie zustimmen.

**Bürgermeisterin Bodner** sagt, mit dem Vollzugsdienst der Gemeinde wurde vorab gesprochen. Bis 24.00 Uhr könne kontrolliert werden. Eine Regelung aber auch die Kontrolle seien wichtig. Die Regelung der Uhrzeitenregelung könne aber noch zurückgestellt werden. Es handle sich bei allem um temporäre Maßnahmen.

**Amtsleiter Kauter-Eby** äußert, die Eigentumsverhältnisse seien geklärt. Der Parkplatz läge im Baufenster, es handle sich aber um temporäre Maßnahmen. Der Parkplatz werde in Baustelleneinrichtung übergehen, aus diesem Grund werde jetzt nicht so viel investiert. Mit der Parkzeitenregelung sollen Fremdarker verhindert werden. Es solle ein P+R-Parkplatz werden, der nicht für die Nacht gedacht sei. Bzgl. einer Barriere sowie Parkplatzmarkierungen werden günstige Lösungen aufgrund des temporären Charakters gesucht. Außerdem erklärt er, dass der Fußweg zum Bahnsteig geschottert sei, weshalb dieser nicht barrierefrei sei und z. B. Rollstuhlfahrer den Zugang über die Straße nutzen müssen.

**Gemeinderätin Schaier** sagt, es sei wichtig, Parkplätze einzuzeichnen und eine Barriere anzubringen. Auch Fahrradständer seien wichtig. Die Zeitbeschränkungen könnten hintenangestellt werden. Sinnvoll wäre ein Schild mit dem Hinweis „Parken nur PKW“. Solch ein Schild könne man auch beim Friedhof anbringen.

**Amtsleiter Kauter-Eby** merkt an, dass jedes Fahrzeug lt. StVO parken dürfen solle.

**Gemeinderätin Möller** fragt, was der Begriff „Fremdarker“ bedeute und ob bereits Überlegungen zu einem Parkautomaten getroffen wurden.

**Amtsleiter Kauter-Eby** erklärt, dass es sich beim Fremdarker um nicht gewolltes Parken handle. Bezüglich eines Parkautomaten hätte man sich bereits Gedanken gemacht. Man sei jedoch der Meinung, dass dies nicht zielführend sei. Ein Automat sei oft dafür gedacht, Geld zu verdienen. Dies wäre in unserem Fall nicht das geeignete Instrument.

**Gemeinderat Nickles** ist der Meinung, dass nicht zugelassene Fahrzeuge z.B. von Gewerbebetreibenden dort nicht parken sollten. Hierfür wäre eine Barrierschranke zielführend. Zeitkontrollen hinsichtlich der Parkzeiten würden sowieso nicht stattfinden.

**Gemeinderätin Rothweiler** sagt, dass ihr die Parkzeiten bis 23.00 Uhr zu kurz scheinen. Es gäbe auch Menschen, die nachts arbeiten. Wenn diese Regelung so bleiben würde, lehne sie den Antrag ab.

**Amtsleiter Kauter-Eby** sagt, die Zeitenregelung solle nur als Handhabe dienen.

**Gemeinderat Schwarz** äußert, er hätte die zeitliche Beschränkung sowie die Höhenbeschränkung erstmal weggelassen.

**Bürgermeisterin Bodner** plädiert für die Zeitbeschränkung. Der Beschlussvorschlag werde erweitert um die Punkte überdachte Fahrradstellplätze sowie die Prüfung eines Car-Sharing-Angebots und öffentliche Ladeflächen bei entsprechenden Anbietern.



**Gemeinderat Gutgesell** sagt, ihm fehle im Beschlussvorschlag die Höhenbegrenzung.

**Amtsleiter Bauer** antwortet, dies sei im Beschlussvorschlag bereits formuliert.

**Gemeinderätin Frensch** beantragt die getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte.

**Bürgermeisterin Bodner** erklärt, über die Parkzeitenregelung werde separat abgestimmt.

### **Beschlüsse:**

**Gemäß dem Antrag der CDU sowie den Erweiterungen aus dem Gremien soll folgendes beschlossen werden:**

- 1. Die Umgestaltung des bestehenden Parkplatzes wird nach dem Vorschlag der Verwaltung als P+R-Parkplatz durchgeführt.**
- 2. Eine Barriere für hohe Fahrzeuge wird errichtet.**
- 3. Ein Hinweisschild „Parken nur für PKW“ wird angebracht.**
- 4. Die Fahrradstellplätze werden überdacht ausgeführt.**
- 5. Die Verwaltung wird beauftragt, bei Car-Sharing-Anbietern, insbesondere den bereits in Pfinztal aktiven, den Bedarf und das Interesse an einem Standort in Kleinsteinbach abzuklären. Sollte Bedarf bestehen, sind mindestens zwei Stellplätze für Car-Sharing vorgesehen.**
- 6. In Kleinsteinbach besteht bisher keine öffentliche Ladeinfrastruktur. Daher sollen auf dem Parkplatz mindestens zwei öffentliche Ladepunkte vorgesehen werden. Sollten Car-Sharing-Betreiber ebenfalls einen Bedarf anmelden, so ist dieser Bedarf auf Kosten der Car-Sharing-Betreiber zusätzlich einzuplanen.**

**Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit folgendem Abstimmungsergebnis einstimmig zu:**

**Ja-Stimmen: 21**

**Nein-Stimmen: 0**

**Enthaltungen: 0**

**Über folgende Parkzeitenregelung wird separat abgestimmt:**

**Es wird eine Parkzeitenregelung nach dem Vorschlag der Verwaltung festgesetzt. Ein Parken ist demnach täglich zwischen 5.00 und 23.00 Uhr möglich.**

**Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit folgendem Abstimmungsergebnis zu:**

**Ja-Stimmen: 16**

**Nein-Stimmen: 3**

**Enthaltungen: 2**



**6. Antrag der Fraktionen CDU, SPD, GRÜNE, ULiP  
Erneuerung Eisenbahnüberführung Im Bahnwinkel Söllingen  
- Beratung und Beschlussfassung**

**Bürgermeisterin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein. Sie bittet Herrn Dr. Rahn um Erläuterung des Antrags.

Der Antrag der Fraktionen CDU, SPD, GRÜNE und ULiP zur Eisenbahnunterführung „Im Bahnwinkel Söllingen“ befindet sich in den Sitzungsunterlagen.

**Gemeinderat Dr. Rahn** erklärt, in den 90er Jahren hätte man das Stadtbahngleis Im Bahnwinkel gebaut und das Überführungsbauwerk für das zusätzliche Stadtbahngleis ca. 3 Meter breiter als die alte DB-Bahn-Unterführung gebaut. Diese Aufweitung sei sinnlos gewesen, wenn man die Unterführung unter den DB-Gleisen genau so schmal wie bisher bauen würde. Er verstehe nicht, wieso 2017 der Bahn mitgeteilt worden sei, dass man auf eine Aufweitung der Unterführung verzichte. Die Unterführung sei nutzbar für Fußgänger und Fahrradfahrer. Dies solle auch so bleiben. Es gäbe jedoch Empfehlungen für Fußgänger- und Fahrradanlagen, dass bei einer hohen Nutzung von Kindern die Fuß- und Fahrradwege getrennt werden sollten. Dies sei hier in der Nähe des Kindergartens der Fall und eine Breite von 5,50 Metern wäre erforderlich. Diese Umsetzung wäre nur mit einer Erweiterung der Unterführung möglich. Da das Planfeststellungsverfahren bereits laufe, müsse man jetzt entscheiden. Laut Äußerung der Bahn müsse sich die Gemeinde hälftig an den Kosten der Aufweitung beteiligen. Sollte dies so sein, schlage er vor, einen Zuschuss zu beantragen. Auch zeitlich sei es nicht so eine große Verzögerung, wie die Verwaltung dies darstelle. Es müsse nur umgeplant und nicht neu geplant werden. Dies sollte innerhalb eines Jahres machbar sein.

**Gemeinderat Nickles** sagt, bei der Argumentation, dass 5,50 Meter Breite erforderlich seien, hätte man in Pfinztal viele Baustellen. Diesem Maße könnten viele Stellen nicht entsprechen.

**Gemeinderat Rothweiler** erklärt, ihm fehlen die Informationen zur Finanzierung. Ohne diese werde er nicht abstimmen.

**Bürgermeisterin Bodner** nennt drei Zahlen, welche die Bahn im Rahmen einer Hochrechnung mitgeteilt habe. Der Baukostenanteil der Gemeinde betrage 2.190.000 €, 20 % Planungskosten wären 438.000 € und verlorene Planungskosten 437.200 €. In Summe wären dies 3.065.200 €.

**Gemeinderat Reeb** äußert, ohne Zahlen zu entscheiden sei schwierig. Er sieht die Aufweitung zwar als ein positives Projekt, die Kosten müssten jedoch bekannt sein.

**Gemeinderat Herb** sagt, die Erweiterung sei überflüssig. Alle Verkehrsteilnehmer, welche die Unterführung queren, könnten sich einigen. Er denke man komme auch so durch und sei von dem Nutzen nicht überzeugt.

**Gemeinderat Schwarz** äußert sich zur Aussage von Herrn Nickles, wenn man damals die Breite schon richtig angesetzt hätte, hätte man die Probleme heute nicht. Für Fahrradfahrer sei die Unterführung Im Bahnwinkel viel attraktiver als am Bahnübergang. Die Anforderungen würden in Zukunft steigen. Es falle ihm trotzdem schwer zuzustimmen, da die Datenbasis fehle.

**Gemeinderat Dr. Rahn** bittet um Vertagung der Entscheidung, da er den Kostenpunkt verstehen könne. Das RP solle mit dem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens warten, bis der Gemeinderat die Entscheidung getroffen hätte. Er bittet die Verwaltung um Klärung der



Kosten sowie Klärung der Aussichten auf Zuschuss.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhart** stimmt dem Vorschlag der Vertagung zu.

**Amtsleiter Kauter-Eby** sagt, er wisse nicht, inwieweit das Verfahren bereits fortgeschritten sei und man jetzt überhaupt noch zurückgehen könne. Die Verhältnismäßigkeit müsse geprüft werden, günstig würde es sicher nicht sein. Bei einer Erweiterung würde es sich um eine Kreuzungsvereinbarung handeln.

**Amtsleiter Dickemann** erklärt, die Kosten seien noch unklar aber die verlorenen Planungskosten stehen schon fest. Er könne sich nicht vorstellen, wie die neuen Investitionskosten aufgebracht werden könnten.

**Gemeinderätin Konstandin** fragt, ob die verlorenen Planungskosten zurecht entstehen würden. Die Gemeinde hätte im Verfahren das Recht Einwände einzubringen. Dies müsse rechtlich geprüft werden.

**Bürgermeisterin Bodner** erklärt, der Tagesordnungspunkt werde vertagt.

**Gemeinderätin Eisenbusch** sagt, mit dem Eisenbahnbundesamt hätte man bisher gute Erfahrungen gemacht. Der Trend gehe zu guten Fahrradwegen und Gehwegen. Man könne das Verfahren dem Eisenbahnbundesamt vorstellen.

**Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wurde vertagt.**

#### **7. Annahme von Spenden - Beratung und Beschlussfassung**

**Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Spenden ohne Diskussion einstimmig zu.**

#### **8. Mitteilungen der Bürgermeisterin**

**Bürgermeisterin Bodner hat keine Mitteilungen an das Gremium.**

#### **9. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium**

**Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium vor.**



**10. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner**

**Eine Bürgerin** macht auf die bevorstehende Theateraufführung des Seniorenbeirats im Selmnitzsaal zum Thema „Enkel-Trick“ am 02.11.2022 aufmerksam.

Vorsitz

Urkundspersonen

Schriftführung

---

Bürgermeisterin  
Nicola Bodner

---

Gemeinderat Dr. Roßwag

---

Riegel

---

Gemeinderat Rendes